Nationalrat verwirft Fluglärm-Initiative

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **82 (2007)**

Heft 4

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-716591

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ERSCHIENEN
MF 529 /2234

Nationalrat verwirft Fluglärm-Initiative

114 zu 52 Stimmen gegen die Initiative des Umweltaktivisten Franz Weber

Am 5. März 2007 hat der Nationalrat die Fluglärm-Initiative des Umweltaktivisten Franz Weber mit 114 zu 52 Stimmen verworfen. Gegen die Initiative stimmten die CVP, die FDP und die SVP. Die Sozialdemokraten forderten einen Gegenvorschlag mit engen Betriebszeiten in Payerne, Meiringen und Sion. Aber auch dieser Antrag unterlag mit 58 zu 112 Stimmen.

Die Patrouille Suisse soll noch lange auch in den Alpen fliegen können.

Wenn es nach Webers Initiativtext ginge, dann dürften Kampfjets in Tourismusgebieten nicht mehr üben. Was Tourismusgebiet ist, wird nicht umschrieben. Mehrere Gegner der Initiative fragten im Nationalrat zu Recht: «Welche Regionen in der Schweiz werden nicht touristisch genutzt?»
Die bürgerlichen Parteien werteten Webers Vorstoss als das, was er ist: als direkten Angriff auf die Schweizer Luftwaffe. Würde die Initiative angenommen, würde das Training der Kampfjets stark erschwert.

Bürgerliche dagegen

Zehn bürgerliche Mitglieder des Nationalrats sprachen sich gegen die Initiative aus: Ruth Humbel Näf (CVP, Aargau), René Vaudroz (FDP, Waadt), Adrian Amstutz (SVP, Bern), Walter Müller (FDP, St.Gallen), Ursula Haller (SVP, Bern), Walter Donzé (EVP, Bern), Jakob Büchler (CVP, St.Gallen), Max Binder (SVP, Zürich), Pierre Triponez (FDP, Bern) und Ulrich Schlüer (SVP, Zürich).
Auch Bundesrat Samuel Schmid, der Chef des VBS, wandte sich gegen Webers Vorstoss: «Letztlich geht es darum zu entscheiden, wie weit wir noch eine einsatzfähige Luftwaffe haben wollen. Dass zu unserer Neutralität eine spezielle Befähigung gehört, den Luftpolizeidienst mit Jets wahrzunehmen, dürfte kaum noch lange zu erörtern sein. Wenn wir aber die Trainingsmöglichkeiten im eigenen Land – das nicht eine Topografie aufweist, wie sie sehr viele andere Länder haben – auf eine Weise beschränken wollen, die Echteinsätze und echte Übungen kaum mehr ermöglicht, der sägt am Ast, an dem das Prinzip der Kampfkraft der Luftwaffe hängt.»

Linke dafür

Für Franz Webers Initiative machten sich Paul Günter (SP, Bern), der GSoA-Stratege Josef Lang (Grüne, Zug), Francine John-Calame (Grüne, Neuenburg) und Franziska Teuscher (Grüne, Bern) stark. Mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion setzten sich für den Gegenvorschlag ein: Hans Widmer (Luzern), Evi Allemann (Bern), Christine Goll (Zürich) und Peter Vollmer (Bern) – allerdings ohne Erfolg.

Schmid lehnt Gegenvorschlag ab

Bundesrat Schmid verwarf sowohl den direkten als auch den indirekten Gegenvorschlag. Zum direkten Gegenvorschlag führte er aus, er werde die Gespräche in allen betroffenen Regionen suchen.
Den indirekten Gegenvorschlag, der Flugverbote für einzelne Monate oder einen Verzicht auf Nachbrenner gebracht hätte, verwarf Schmid als untauglich: «Das wären viel zu grobe Massnahmen, um der Situation gerecht zu werden.» *fo.*

Ständerat für angepassten Entwicklungsschritt

Der Ständerat hat am 8. März 2007 mit 26 Ja-Stimmen bei neun Enthaltungen dem modifizierten Entwicklungsschritt 2008/2011 zugestimmt. Der Entwicklungsschritt, wie ihn die Standeskammer befürwortete, unterscheidet sich von der Vorlage, wie sie vom Nationalrat in der Herbstsession 2006 in Flims abgelehnt worden war, namentlich durch die Anzahl Panzerbataillone, die noch bleiben.
In der ursprünglichen Version hatte der Bundesrat beantragt, die Zahl der Panzerbataillone von gegenwärtig acht auf neu vier zu reduzieren. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates beschloss am 20. Februar 2007, dem Plenum insgesamt sechs Panzerbataillone zu beantragen. Für den Antrag sprachen sich am 8. März der Kommissionspräsident Hermann Bürgi (SVP, Thurgau), Hans Altherr (FDP, Appenzell Ausserrhoden), Hans Hess (FDP, Obwalden), Maximilian Reimann (SVP, Aargau) und Alex Kuprecht (SVP, Schwyz) aus. Zweifel äusserten Urs Schwaller (CVP, Freiburg), Madeleine Amgwerd (CVP, Jura), Hansruedi Stadler (CVP, Uri) und Pierre-Alain Gentil (SP, Jura). Ständerat Stadler bezeichnete die neue Vorlage als «Entwicklungsschrittli».
In der Sommersession 2007 soll der Entwicklungsschritt erneut vor den Nationalrat kommen. In der Volkskammer steht der Kampf noch bevor. Es ist damit zu rechnen, dass die Vorlage auf mehr Widerstand stösst als im Ständerat. *fo.*

SOG für 2008/2011

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) begrüsst den Entscheid, dem Entwicklungsschritt 2008/2011 zum Durchbruch zu verhelfen, ohne die ursprüngliche Linie des Bundesrates zu verlassen: «Der Grundsatz, die Raumsicherung zu verstärken, bleibt somit unbestritten. Die SOG unterstützt im Weiteren den von Bundesrat Schmid bereits kommunizierten Entscheid, die Auslandeinsätze auf dem Status quo zu belassen, um die Berufskader zu entlasten.»
Die Schweizerische Offiziersgesellschaft erwartet, dass das Parlament die angepasste Vorlage genehmigen und dann grundlegende Themen zur künftigen sicherheitspolitischen Strategie angehen wird. *sog.*